

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mfr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg.; auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75.

Wittwoch, den 29. März 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 27. März 1905.

173. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. C. in e m Frhr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Militäretats.

Zu Kap. 37 (Artillerie und Waffenwesen) erhält das Wort

Zubeil (SD): Daß in Spandau auf den Königl. Fabriken so teuer produziert wird, liegt an der militärischen Organisation. Das hat ein Hauptmann a. D., namens Preuß, der selbst lange Jahre an diesen Fabriken tätig gewesen ist, in einer Broschüre ausgeführt. Große Summen werden tatsächlich zum Fenster herausgeworfen, indem man zu pedantische Vorschriften erläßt, und indem man es nicht versteht, rechtzeitig d. h. bei billiger Marktlage einzukaufen. Auch werden bisweilen Munitionen hergestellt für ein Geschütz, das noch garnicht erprobt ist. Natürlich ist nachher alles weggeworfenes Geld. (Hört, hört! b. d. Sozial.) Gespart wird nur an den Arbeitslöhnen. Offiziere eignen sich überhaupt nicht als Aufsichtsbearbeiter in diesen Fabriken. Der Fachmann gehört in die Fabrik, nicht der Offizier. Eine Kompanie läßt sich kommandieren, eine Fabrik nicht. Gänzlich verwerflich ist das System, die Arbeiter in Lohnklassen einzuteilen. Wenn ein Arbeiter 20 Jahre in der ersten Klasse gearbeitet hat, und nun altersschwach wird, so wird er in zweite Klasse degradiert, das muß ihn sehr hart treffen. — Warum führt man nicht den Achtstundentag ein, wie er in Frankreich, England, in den Vereinigten Staaten, Desterreich-Ungarn, Spanien, ja selbst in Rußland für die Staatswerkstätten besteht. Mit der neuen Lohnordnung sind die Arbeiter sehr wenig zufrieden. Ein Teil ihrer Bestimmungen ist noch nicht einmal durchgeführt. So sollen die Säurezulagen wegfallen und die Arbeiter in Säurebetrieben in eine höhere Lohnskala kommen; das ist nicht geschehen. Die Kantinenüberschüsse sollten zu Unterstützungszwecken verwandt werden und nicht zu Sedanfeiern, Gründung von Gesangsvereinen usw. Welsch wird über das Antreibersystem geklagt. Ein Herr Leutnant, der sich besonders hervortut, hat verboten, ihn Meister zu nennen, es soll immer noch das Wort „Herr“ davor gesetzt werden. Die Brutalitäten eines Ingenieurs, die ich im vorigen Jahre vorbrachte, wurden bestritten. Jetzt haben sie dazu geführt, daß ein Arbeiter diesen Ingenieur ohrfeigte. Der Arbeiter wurde vor Gericht nicht mit Gefängnis, sondern nur mit Geldstrafe belegt, ausdrücklich mit Rücksicht auf die Brutalität dieses Vorgehens. (Hört! hört! b. d. Sozial.) Der Direktor der Pulverfabrik mußte sich bei seinen Arbeitern entschuldigen, weil er von ihnen verlangt hatte, sie sollten sich eine Art Steckerbrief ausstellen lassen. Bekannt ist ferner, wie rücksichtslos die Militärfabriken gegenüber der Spandauer Kommune sich verhalten. Um so intimer scheinen sie sich mit dem konservativen „Neuen Wahlverein“ zu stellen. Machen sie doch im Betriebe selbst während der Arbeitszeit für ihn Propaganda. Tritt ein Meister diesem Vereine nicht bei, so erhält er die Statuten des Vereins ins Haus geschickt und damit also einen Stoß mit einem Hauptstich ins Kreuz. (Hört! hört! b. d. Sozial.) Lachen rechts.) Auch die Lohnhöhe in Spandau ist durchaus ungenügend. Schaffen Sie die Werkstätten zu Musterbetrieben um, so werden unsere Beschwerden aufhören. (Beifall b. d. Sozial.)

Dr. Weder-Köln (Z.) protestiert gegen den Ton, den der Abg. Zubeil angeschlagen habe und tritt des Weiteren für die Besserstellung der Meister bei den Werkstätten der Militärverwaltung ein.

Dr. Lucas (ML) befragt die Wünsche der Verwaltungsschreiber und Reform auf dem Wohnungs- und Versicherungswesen der Werkstättenarbeiter. (Bravo! b. d. Reich.)

Generalmajor Sigt von Arnim verteidigt die Gehaltssteigerungen bei den höheren Beamten, die durch die Neuorganisation bedingt waren, entschuldigt das Unterlassen weiterer Lohnausbesserungen mit der durch die Etatslage gebotenen Sparsamkeit und gibt der Hoffnung Ausdruck, beim nächsten Etat auch für die Meister und Unterbeamten eine Aufbesserung durchsetzen zu können. (Bravo!) Die Frage des Urlaubs und des Achtstundentages kann nur für das ganze Reich geregelt werden. Der gehreife Ingenieur war zu schroff, aber die Brutalität lag auf Seiten des Arbeiters. Dem neuen Wahlverein steht die Heeresverwaltung vollkommen fern. Ich werde Beschwerden des Abg. Zubeil eingehend prüfen und, wenn nötig, Remedur eintreten lassen.

Schatzsekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß die Frage der kommunalen Besteuerung der Reichsbetriebe die betreffenden Ressorts beschäftigt, daß in Kiel bereits eine Besteuerung eingeführt sei und in Spandau eingeführt werden solle. (Beifall.)

Weder-Köln (Z.) bittet um Einführung der kommunalen Besteuerung der Reichsbetriebe in Siegburg.

Zubeil (SD) bezeichnet die Ohrfeige, die der Ingenieur Bardmann erhalten habe, als notwendig und weist darauf hin, daß in der Privatindustrie höhere Löhne bezahlt werden. (Beifall b. d. Sozial.)

Das Kapitel wird bewilligt. Desgleichen der Rest des Ordinariums.

Beim Titel 8 des Extraordinariums (Beschaffung von Handwaffen) weist

Sichhoff (FVp.) die Angriffe des Abg. Beumer auf die Firma Ehrhardt in Düsseldorf zurück. Das Reich hat die Kruppischen Panzerplatten teurer bezahlt, als die amerikanische Regierung die Platten der amerikanischen Firmen bezahlt. Die Firma Ehrhardt kann mit Krupp durchaus konkurrieren und ist ihr in einzelnen Waffengattungen sogar überlegen. Wenn die Auslandspreise der Firma Krupp den Inlandspreisen gleich sind, so beweist das, daß die Firma die enormen Kosten der Auslandslieferungen auch auf die deutschen Preise geschlagen hat. Wir müssen verlangen, daß an das Inland billiger geliefert wird, als an das Ausland. Auf den Patentreit zwischen den Firmen Krupp und Ehrhardt eingehend, bestritt Redner, daß die Firma Ehrhardt mit Angestellten der Firma Krupp in widerrechtlichem Verkehr gestanden habe. Die Monopolstellung der Firma liegt weder im militärischen noch im finanziellen Interesse des Reichs. Und wir erwarten, daß die Reichsbehörden aufhören werden, die Firma Krupp einseitig zu begünstigen. (Beif. b. d. Reich.)

Kriegsminister v. C. in e m erklärt auf eine Bemerkung des Vorredners, daß Krupp schon 1900 ein Rohrrücklaufgeschütz hergestellt habe. Eine Monopolstellung besitzt Krupp durchaus nicht.

Dr. Beumer (ML) hält seine Behauptung, daß Ehrhardt im widerrechtlichen Verkehr mit Angestellten der Firma Krupp gestanden habe, unter Beilegung von Zeugnisaussagen und Erklärungen im vollen Umfang aufrecht. Die Budgetkommission ist in größter Weise getäuscht worden. Man hat, um sie gegen die Firma Krupp einzunehmen, die Preise Kruppischer Gussfabrikate mit Preisen der Halbfabrikate der Konkurrenz zusammengestellt. Die Gewinne der Firma Krupp werden mahlos überschätzt, sie hat vielmehr mehrfach mit großen Verlusten gearbeitet. (Widerpruch d. Abg. Singer.) Eine gewisse Presse sucht kein Mittel, um die Papiere der Konkurrenzfirma künstlich in die Höhe zu treiben. Die Firma Krupp hat loyal im Jahre 1900 eine Lieferung an England, auf Aufforderung der Regierung, unterlassen, die Firma Ehrhardt dagegen nicht. Die deutsche Marine besitzt ihre Panzerplatten bei der Firma Krupp so billig, wie sie sie bei keiner anderen Firma beziehen könnte. (Bravo! b. d. Reich.)

Erzberger (Z.) wendet sich dagegen, daß der Streit der beiden Firmen auf der Reichstagsbühne ausgefochten wird, protestiert gegen die Begünstigung einer Firma durch die diplomatischen Vertreter Deutschlands im Auslande und betont aufs neue, daß Krupp noch vom deutschen Reich die alten hohen Preise zahlen ließ, als die amerikanischen Fabriken bereits billigere Platten lieferten. (Hört! hört! b. d. Reich.) Dabei sind in Amerika höhere Arbeitslöhne. Krupp verlangte früher für ein Geschützrohr 3300 Mk., Ehrhardt einige Jahre später nur 1950, ja teilweise nur 1300 Mk. (Hört! hört! links.) Der Reichstag muß dafür sorgen, daß sich keine Monopolstellung für militärische Bedarfsartikel herausbilde. (Beifall i. Str. u. b. d. Reich.)

Kriegsminister v. C. in e m gibt zu, daß das auswärtige Amt von der Militärverwaltung günstige Auskünfte über die Firma Krupp erhalten habe. Ueber die Ehrhardtischen Rohrrücklaufgeschütze habe ich keine Auskunft geben können, weil aus ihr nie solche geliefert worden sind. Ich muß anerkennen, daß durch die Konkurrenz ein großer Preissturz zu s. F. für Stahlkerne eingetreten ist. (Hört! hört! im ganzen Hause mit Ausnahme der Reich.) Und dieser Preissturz ist zum großen Teil der Firma Ehrhardt zu danken. (Beifall u. lebh. Hört! hört! links.)

Singer (Soz.): Es ist eine bekannte Tatsache, daß Krupp und andere große Firmen nach dem Auslande billiger liefern, als nach dem Inlande; das liegt eben im Wesen der Kartelle- und Monopolbegründer. Uns interessiert nicht der Konkurrenzkampf, sondern ausschließlich das finanzielle Interesse des Reichs. Die Regierung soll — natürlich unter Voraussetzung gleich guter Ware — ihren Bedarf an der billigsten Quelle decken. Die vom Abg. Beumer bemängelte vergleichende Liste der Preise der Firma Krupp und der Konkurrenz ist von der Regierung in der Kommission mit keinem Worte beanstandet worden. Jedenfalls ist die Firma Krupp erst durch die Firma Ehrhardt genötigt worden, billiger zu werden. Mit hohen Arbeitslöhnen kann die Firma Krupp sicherlich nicht ihre teuren Preise rechtfertigen. (Sehr richtig! b. d. Sozial.) Wenn der Staatssekretär des Auswärtigen die Firmen aufgefordert hat, sich zu einigen, so hat er damit das finanzielle Interesse des Reichs schlecht gewahrt, denn eine Einigung würde eine Fusion und eine Fusion eine Schädigung des Reichsäckels um Millionen bedeuten. (Lebh. Zuh. b. d. Sozial.)

Kriegsminister v. C. in e m erklärt, daß die diplomatische Vertretung Deutschlands in der Schweiz, in Holland usw. es den betr. Regierungen überlassen hat, zwischen den beiden Firmen zu entscheiden. Ich kann mir nicht denken, daß der Botschafter in Konstantinopel von diesem Gebrauche abgesehen sei. Krupp ist wiederholt durch eigenes Angebot mit dem Preise heruntergegangen. (Hört, hört! b. d. Reich.) namentlich bei Artillerie, für die Krupp ein tatsächliches Monopol besitzt.

Sichhoff (FVp.): Frhr. v. Richthofen hat in der Kommission ausgedrückt, daß in Konstantinopel die Firma Krupp einseitig begünstigt worden ist. Abg. Beumer hat die schärferen Angriffe gegen den Geheimrat Ehrhardt nicht zurückgenommen, gegen denselben Mann, den er zweimal sogar angepöbel hat. (Heiterkeit.) Auch ist interessiert nicht die Konkurrenz der beiden Firmen, sondern die Beseitigung der tatsächlichen Monopolstellung

der Firma Krupp. (Lebhafter Beifall bei der freisinnigen Volkspartei.)

Dr. Beumer (ML) macht darauf aufmerksam, daß es schon 10 Jahre her ist, seit er den Geheimen Raurat Ehrhardt angepöbel hat. Ich will das auch nie wieder tun. Die Firma Ehrhardt hat einmal Andeutungen gemacht, daß ein deutscher Diplomat von Krupp bestochen sei. (Die Abg. Stadthagen und Que rufen: Sehr deutliche Andeutungen!)

Die Titel werden bewilligt, ebenso der Rest des Extraordinariums und die Einnahmen. Damit ist der Militäretat erledigt. Der Etat für die Expedition nach Ostasien wird debattelos bewilligt.

Es folgen die Abstimmungen über die 21 Resolutionen zum Etat des Reichsamts des Innern. Es werden angenommen die Zentrumsresolutionen betr. Herausgabe eines Handwerkerblattes und eine Statute über die Wandergewerbeschmeine, betr. Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen und der Kranken- und Invalidenversicherung auf Heimarbeiter, betreffend Verordnungen für Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe, betr. Maximalarbeitszeit und Verbot der Sonntagsarbeit in Glashütten, betr. Einschränkung der Ausnahmen von der Sonntagsruhe, betr. Schutz der Bauhandwerker und besondere Aufsichtsbearbeiter aus dem Arbeiterstande, betr. erhöhten Schutz der Gehilfen und Bureaubeamten bei Rechtsanwältinnen, Notaren, Gerichtsvollziehern und Krankenkassen. Ferner werden angenommen die freisinnigen Resolutionen auf Zulassung der Oberrealschulabituirten zu den ärztlichen Prüfungen, und auf einheitliche Regelung des Verkehrs mit Automobilen und auf Erleichterungen für Agenten. Die übrigen Resolutionen werden abgelehnt meist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, zum Teil gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum.

Darauf wird die Etatberatung bei der noch nicht erledigten Position zum Postetat (Postgebäude in Radesheim) fortgesetzt. Nach einer langen und vielfach durch Zwischenrufe unterbrochenen Rede des Abg. Hartling (ML) und kurzen Bemerkungen des Staatssekretärs Kräfte und des Abg. Singer (Soz.) wird die Position gegen die Stimmen der Nationalliberalen bewilligt. Bei dem noch ausstehenden Rest vom Marineetat wird unter Ablehnung eines Streichantrags Erzberger (Z.) auf Verantwortung des Staatssekretärs v. Tirpitz die geforderte Zulage von je 1150 für 29 Fregattenkapitäne bewilligt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Statistik, Wahlprüfungen.) Schluß 6¹/₄ Uhr.

Politische Standpunkte.

Redner.

Zurückgesetzt fühlen sich die Herren händler dadurch, daß ihnen die Bergesche nicht zuerst vorgelegt sind. Bei Eröffnung dieser erstklassigen Hauses führte der Präsident Ruyppausen aus: „Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu handeln, indem ich erkläre, daß ich nicht glaube, daß die Bergesche zunächst dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden dürften (Bravo), und daß wir mit dieser Annahme der Regierung nicht einverstanden sind. Verschiedene Redner erklärten hierauf, daß auch sie nicht einverstanden seien mit dem Vorgehen der Regierung; sie würden bei der Staatsberatung darauf zurückkommen. — Die preussischen Standen können sich beruhigen: Das Dreiklassenparlament wird schon dafür sorgen, daß aus der Bergarbeiter schuznovelle eine Bergarbeitertruznovelle wird.“

Die Bergarbeiter, schuznovelle stand am gestrigen Montag im preussischen Dreiklassenparlament zur Verhandlung. Einleitend wird Reichskanzler Graf Bülow darauf hin, daß die Regierung vor dem Streik mit einem Verbot des Nulles und einer Neuregelung des Knoppschloßwesens und anderen an der Saar bewährten Maßregeln beschäftigt war. Redner erkennt die gute Haltung der Arbeiter während des Streiks an; dies andere aber nichts an der Tatsache des Kontraktbruchs. Berechtigt sei auch, daß die Bergarbeiter mit Kontraktbrüchen nicht verhandeln wollten. Dieser Widerstand mußte aufgegeben werden, als die Regierung eine Einigung für möglich hielt. Der Staat muß seine ordnende und schützende Hand auch auf diesem Gebiete halten. (Beifall.) Es sei möglich, daß die sozialdemokratische Führer diesmal sich bemühen, den Streik möglichst zu hindern. Als der Streik aber entstanden war, setzte die sozialdemokratische Presse bergflüchtig ein und bezeichnet unsere Stellung als Provokation. Der bergbauische Verein meinte, ohne unser Vorgehen hätte die Sozialdemokratie eine fürchterliche Niederlage erlitten. Durch den Verlauf dieses Kampfes wäre die Sozialdemokratie nicht geschwächt worden. Er werde stets die Sozialdemokratie bekämpfen, aber auf schwankendem Boden reite er keine Attacke. Die Arbeiter kehren im Vertrauen auf die Regierung zur Arbeit zurück. Gattungen Sie dieses Vertrauen nicht. Wenn Sie uns heute folgen, so tun Sie etwas gegen die Sozialdemokratie und für die Monarchie. (Beifall.) Minister Müller führte aus: Was die Vorlage bringt, ist nichts Neues, es ist die Antwort auf Frauen, die seit mehr als 20 Jahren benützt worden sind. Die bestrittenste Frage sei die der

schließen. Wenn etwas in den „Lüb. Anz.“ wahr gewesen, so sei es die Bemerkung, daß die bürgerlichen Parteien durch eine unüberbrückbare Kluft von der Sozialdemokratie getrennt sei. Nad darum gebe es nur ein Hüben und ein Drüben.

Die Ausführungen der beiden anderen Referenten bewegten sich in demselben Sinne.

In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 27. März 1905 tagende Volksversammlung erhebt entschieden Protest gegen die abermalige Verschlechterung des Wahlrechts zur Lübecker Bürgererschaft, wie sie seitens der gemeinsamen Kommission des Senats und der Bürgererschaft empfohlen wird.

Die Versammelten halten nach wie vor fest an den nachstehenden Forderungen, welche in einer im September 1904 von 736 Steuerzahlern an die gemeinsame Kommission gerichteten Petition aufgestellt sind:

1. Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten lübeckischen Staatsangehörigen;
2. das Bürgerrecht ist allen lübeckischen Staatsangehörigen nach Vollendung des 20. Lebensjahres zu verleihen;
3. das Wahlrecht ist nicht durch Empfang irgend welcher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln aufzuheben oder zu beschränken;
4. die Wahlen haben an einem gesetzlichen Ruhetage stattzufinden;
5. den Mitgliedern der Bürgererschaft sind für ihre Mithaltung Diäten zu zahlen.

Die Versammlung erblickt in der Durchführung dieser Forderungen die Gewähr für eine gedeihliche Weiterentwicklung unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse.

Zu der Versammlung von Neulauerhof nahm nach dem Referat des Genossen Stellin Genosse Löwig das Wort, der ebenso wie der Referent an die Versammelten die eindringliche Mahnung richtete, den Protest gegen die geplante Wahlrechtsverschlechterung dadurch zu bekunden, daß dieselben sich der politischen Organisation anschließen und das Organ der Arbeiter, den „Lüb. Volksb.“, abonnieren sowie das Bürgerrecht erwerben möchten. Letzteres sei durchaus nicht zwecklos, damit die in der 2. Abteilung gewählten Bürgerchaftsmitglieder stets darauf hinweisen könnten, daß sie, obwohl sie nur in der Bürgerchaft die Minderheit besäßen, dennoch die Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Genosse Lwowitz betonte, daß die Bürgerchaftsmitglieder, die ja sämtlich eingeladen seien, wohl geneigt seien, das Bürgerchaftswahlrecht zu verschlechtern, nicht aber den Mut besäßen, diese Verschlechterung öffentlich zu verteidigen.

An der weiteren Diskussion beteiligte sich Gen. Kaufmann, der ebenfalls zum Anschluß an die politische Organisation aufforderte.

In der „Flora“ sprach sich nach dem Referenten Gen. Schneider im Sinne des Vortragenden aus. — Der Verlauf der Versammlungen hat bewiesen, daß die über große Mehrheit der Lübecker Steuerzahler sich nicht einvernehmend erklärt mit der in Vorschlag gebrachten Klassen-einteilung, die dem Geldsack dauernd alle Rechte im Gemeinwesen enträumen, der wertigsten Bevölkerung jedoch nur einen kleinen Bruchteil zuerkennen will.

Werden die herrschenden Klassen in Lübeck dieses Menetekel verstehen? Wird für sie ebenso wie für die Arbeiterchaft der Grundsatz gelten: Das Wohl des Volkes ist das Gesetz? Dann müssen sie zu einer Ablehnung des geplanten Wahlrechts kommen!

Bücker und Seeburgische.

Dienstag, den 28. März.

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Flussschiffahrts-Betrieb von S. Drews ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Flussschiffer.

Die Bürgerchaft erlebte am Montag nur einen ganz geringen Teil ihrer umfangreichen Tagesordnung. Dem früheren Voten der Bürgerchaft wurde ein Ruhegehalt von jährlich 450 Mk. bewilligt. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Händler Kapitän vom Bürgerchaftsvoten ernannt sei. Eine lebhafteste Debatte entfaltete der Senatsantrag betr. die Verbreiterung des Bahnhofsvorplatzes und der Zufahrtsstraßen. Von Blund, Schwartkopf und Windel wurden verschiedene Abänderungsanträge gestellt, jedoch ohne die Zustimmung der Mehrheit der Bürgerchaftsmitglieder zu finden. Durch die Gesamtabstimmung erteilte die Bürgerchaft der Senatsvorlage mit den angenommenen Abänderungen des Vertrages mit der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft ihre Mitgenehmigung. — Weiter wurde über die Abhaltung von Abendkassen diskutiert. Es wurde beantragt, die Sitzung abends fortzusetzen, jedoch konnte man sich nicht über den Beginn derselben einigen.

selben einigen. Pape wünschte, daß um 6 Uhr begonnen würde, da abends 8 1/2 Uhr die großen Volksversammlungen zum Protest gegen das geplante „Bürgerchaftswahlrecht“ stattfinden. Stiller schlug als Anfang 7 Uhr vor, während Dr. Siehl sich für 8 Uhr erklärte. Schließlich wurden alle drei Anträge abgelehnt. Darauf wurde die nächste Sitzung auf kommenden Montag festgelegt.

Hamburg. Die Bestie als Unteroffizier!

Borige Woche entnahmen wir dem „Post. Cour.“ einen Bericht über eine Kriegsgerichtsverhandlung in Neumünster, in dem es latonisch heißt, der Unteroffizier Kl. vom 163. Regiment habe einen Rekruten mißhandelt und ihm einen Geldbetrag entwendet, wofür er zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und Verweisung in die zweite Soldatenklasse verurteilt worden sei. Zunächst wollen wir ergänzend mitteilen, daß der verurteilte Soldatenschilder Johannes Kleist heißt, 21 Jahre alt ist und von Klein auf gedient hat, denn er ist ein Produkt der Unteroffizierschule und der Unteroffiziersvorstufe. So präpariert, begann er seine Laufbahn als schneidiger „Stellvertreter“, der, bar jeder menschlichen Regung, in geradezu bestialischer Weise seine Untergebenen mißhandelte und seine höchsten Vorbilder vom Schläge der Breidenbach und Franck in den Schatten zu stellen suchte. Wenn dies dem jungen, noch selbst der Erziehung bedürftigen Burschen noch nicht gelang, so liegt das nur daran, daß ein Rekrut Sander ihm einen dicken Strich durch die Rechnung machte, indem der bis auf's Blut von Kleist gepöbelter Mensch sich nicht etwa beschwerte, nein, dazu hatte er gleich seinen anderen Leidensgenossen nicht die nötige „Kourage“, sondern zu einem Revolver griff, um sich aus dem Lande der vollendetsten Rechtsgarantien ins Jenseits zu befördern. Er brachte sich aber nur eine Verletzung an der Hand bei, die Wunde heilte bald und jetzt steht er vor dem Kriegsgericht der 17. Division (die Verhandlung fand in der Hamburger Kaserne statt), um sich wegen — versuchter Selbstverletzung zu verantworten. Unlänglich der Unterzückung dieses Falles kamen die Schandtaten des Kleist zum Vorschein. In der Verhandlung gegen Sander wird nur ein Teil der von Kleist verübten verächtlichen Rohheiten zur Sprache gebracht. Der Anklage gegen den Musikanten Sander von der 4. Kompagnie des genannten Regiments liegt folgendes zu Grunde: Am 11. Februar ging Sander auf drei Tage zu seinen Eltern in Altona auf Urlaub. Als die Abschiedsstunde herannahte, trugte ein Schuß im Elternhause und man fand den an der Hand blutenden Sander auf einem Bett liegend vor, neben ihm ein Revolver, aus dem er einen Schuß auf sich abgefeuert hatte. Nach Anlegung eines Störverbandes wurde der Verletzte dem Garnisonlazarett in Altona zugeführt, wo er bald wieder hergestellt wurde. Der Angeklagte stellt die ihm zur Last gelegte Straftat in Abrede und behauptet, es sei sein heiliger Ernst gewesen, sich selbst zu töten, um den Quälereien seitens des Unteroffiziers Kleist zu entgehen. Wie nun zur Erörterung gelangt, hat Kleist sich namentlich vier Rekruten, darunter auch Sander, aufs Korn genommen und tagtäglich die empörendsten Rohheiten an ihnen begangen. Bei jeder Gelegenheit setzte es Faustschläge ins Gesicht, Fußtritte ins Gesicht, gegen den Leib, worauf einige „Nachturen“ vorgenommen wurden. Stundenlang wurde geübt, bis die Rekruten zusammenbrachen. Dann sagte sie der Unmensch beim Kopf und trieb damit auf den Fußboden, außerdem gab es zur Unterhaltung Schläge mit dem Seitengewehr. Zur Charakteristik dieses militärischen Erziehers wurden zwei Fälle angeführt, die der Bursche nicht in Abrede zu stellen vermochte und die nach seiner Ansicht dazu dienen sollten, aus trunkenen Kerlen tüchtige Soldaten zu machen. Auf Kommando des Kleist mußte Sander sich fünfzigmal hintereinander plat auf den Fußboden werfen und wieder aufstehen. Als Sander kuckend und völlig ermattet am Fußboden liegen blieb, trieb Kleist ihn mit dem Fuß gegen den Leib, was so belebend auf Sander einwirkte, daß er sich erhob und gegen die Wand fiel. Dann versuchte S. aus den Händen des Wüterichs zu entfliehen, er wurde aber von diesem eingeholt und mit Faustschlägen mairadiert. Nun zog der Unmensch ein Seitengewehr und trieb damit gegen die Brust des Sander. Die Säbelspitze drang durch die Kleidung des Rekruten und verletzete dessen Brust. Einen anderen Rekruten, der eine Verletzung am Arge hatte, fragte K.: „Woher hast Du die Verletzung?“ Der Rekrut antwortete der Wahrheit gemäß: „Der Herr Unteroffizier haben mich doch geschlagen.“ Sofort fiel der Herr Unteroffizier über den Rekruten her und mißhandelte ihn in fürchterlicher Weise. Abermals fragte ihn der Unteroffizier, woher er die Verletzung habe. Dieselbe Antwort. Dies machte den K. rasend, und er mißhandelte den Rekruten abermals. Zum dritten Mal richtete der rohe Kerl dieselbe Frage an den Untergebenen, der jetzt die besiedigende Antwort gab: „Ich habe mich gestochen.“ In ironischem Tone antwortete Kleist: „Siehst Du wohl, Dein Unteroffizier schlägt Dich überhaupt nicht.“

Alles das steckten die zu willenslosen Skaven gemachten Rekruten ein. Das Deschwerdrecht, über das sie ihr Weiniger instruiert hatte, betrachteten sie mit heiliger Euse. Häufig erklärte er den Leuten: „Deschwert Euch zu ruhig, dann drehe ich die Sache so, daß Ihr entweder zur Arbeiterabteilung kommt oder ins Gefängnis wandert.“ Endlich atmeten die Rekruten auf, neue Hoffnung zog in ihre Brust ein, denn die Zeit der Rekrutenvorstellung nahte, und sie gaben sich der Hoffnung hin, einen anderen Korporalschaftsführer zu bekommen, der es nicht so arg treibe. Wie vernichtet standen sie da, als Tags darauf Kleist diabolisch erklärte: „Perls, Ihr bleibt in meiner Korporalschaft; Ihr habt erst den Anfang meiner Erziehungsmethode kennen gelernt, ich werde dieselbe aber fortsetzen. Ihr sollt alle nicht mehr wissen, ob Ihr Mänachen oder Weibchen seid.“ Diese Drohung war dem Sander zu viel. Als er zu seinen Verwandten kam, fiel ihnen sein schweigendes und unruhiges Benehmen auf. Die Verwandten lösten ihm die Zunge und er erzählte die Schandtaten des Verurteilten. Nach dieser Schilderung, die von anderer Seite gegeben wurde, erklärte Sander nochmals, daß er sich habe töten wollen. Als er den Revolver in der Hand hielt und die Schreckenszügen nochmals an seinem Gesichte vorüberziehen ließ, sei der Revolver, der ihn von seinem Vorhaben befreien sollte, losgegangen und die Kugel sei ihm in die Hand eingedrungen. Keineswegs habe er die Absicht gehabt, sich zu verkrümmeln, um auf diese Weise sich vom Militärdienst zu befreien. Die Zeugen schildern Sander als einen ruhigen Menschen, der als sechsjähriger Knabe vom Balkon gefallen, aber ein guter Schüler gewesen sei. Der Arzt habe damals gesagt, an dem Fall werde S. zeitlebens zu leiden haben. Der Vater des S. sagt aus, sein Sohn sei vor seinem Eintritt ins Militärleben krank gewesen, doch sei er guten Mutes Soldat geworden. Der frühere Hausarzt der S.'schen Eheleute meint, die Angst vor den Mißhandlungen habe den jungen S. in einen Geisteszustand versetzt, der seine freie Willensbestimmung ausschleuze. Der Vertreter der Anklage will dies nicht gelten lassen und hebt hervor, daß wehrmüchtige Leute beim Militär zu leiden pflegen, daß er aber dem Angeklagten die selbstmörderische Absicht nicht zutraue, obwohl er schwer mißhandelt worden sei. Nicht um sich zu töten, habe S. zum Revolver gegriffen, sondern um sich zu verkrümmeln. Die Mißhandlungen kamen als strafmildernd in Betracht, weshalb er nur sechs Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Soldatenklasse beantrage. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schütt-Neumünster, tritt in erster Linie für Freisprechung ein, denn der Mann habe sich töten wollen und Selbstmord sei nicht strafbar, ebenfalls nicht der Versuch. Außerdem stehe dem Angeklagten der § 51 des Strafgesetzbuches zur Seite, wonach auf Freisprechung zu erkennen sei, wenn bei Begehung einer strafbaren Handlung die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Sollte das Gericht aber trotzdem eine strafbare Handlung annehmen, so könne, weil Milderungsgründe vorliegen, auf ein Viertel des Strafminimums, also auf drei Monate Gefängnis, erkannt werden. Das Gericht spricht den Angeklagten frei, indem es ihm Glauben schenkt, daß er sich habe töten wollen. — Der infame Soldatenschilder Kleist wohnte der Verhandlung als Zeuge bei. Da sowohl von ihm als vom Gerichtsherrn Berufung gegen die Freisprechung, die das Kriegsgericht gegen ihn erkannt, eingelegt ist, wird er demnach vor dem Oberkriegsgericht erscheinen.

Apentade. Drei Fischer ertranken. Sonntag abend sind auf der hiesigen Förde drei Fischer aus Ederförde ertrunken. Die Verunglückten heißen Oswald Noack, Johann's Wagener und Friedrich Horn. Die Leiche des Noack ist bereits geborgen. Nach den Leichen der beiden Fischer wird noch gesucht.

Brief. Drei Menschen getötet. In Neuhof hatten vier Schütten abends ihr Zimmer zugehört; am Morgen fanden sie nicht zur Arbeit. Wie man sich nach ihnen umsah, lagen sie im tiefen Schlafe und waren nicht zu wecken. Der herbeigerufene Arzt stellte bei dreien den Tod fest; der vierte wurde nach langen Bemühungen ins Leben zurückgerufen.

Neue Karikaturen.

Neuefischen. Schreckliches Unglück. Amlich wird bekannt gegeben: Fünf Knaben im Alter von 13 und 14 Jahren, sämtlich Bergmannsöhne aus Frauenthal in der Balz, waren gestern nachmittag in einem vermauerten Schacht der unlangst stillgelegten Grube Nordfeld bei Waldmoor ein brennendes Streichholz, das die schlagenden Wetter, die sich in dem Schachte in reichlicher Menge angesammelt hatten, in Brand setzte. Es erfolgte eine gewaltige Explosion, die die Vermauerung zertrümmerte. Drei Knaben waren sofort tot, ein vierter starb nach einer halben Stunde, während der fünfte schwer verletzt darniederliegt.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Maifeier-Komitee.

Mittwoch 8 Uhr.

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden hoch erfreut

H. Platze und Frau, geb. Groth.

Am Montag morgen starb meine liebe Frau

Marie Prösch, geb. Groth

im 76. Lebensjahre. Dieses zeigen an

Wilhelm Prösch.

Heinrich Prösch.

Ludwig Prösch.

Wilhelm Prösch

und Familie.

Die Beerdigung findet am 30. d. M., morgens

7 1/2 Uhr, vom Eichenbäumle aus statt.

Zum 1. Juli eine erste Etage-Wohnung zu vermieten

Naheres Dornestraße 23, II.

Ein leeres ev. möbliertes Zimmer zu vermieten

Radenburger Allee 61, II.

Zum 1. April oder später ein leeres Zimmer

Endwigstraße 76.

Ein möbl. Zimmer zu vermieten

Waisenhofstraße 17.

Gut möbliertes Wohn- und Schlafzimmer zu sofort zu vermieten

Wolfsinger Allee 16, I.

Gesucht von ordentlichen Leuten mit einem Kind eine Wohnung mit Stall zum 1. Juli

Ang. u. S. B. an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli 700 Mark letzte Hypothek innerhalb der vorläufigen Brandkasse.

Ang. u. G. B. an die Exped. d. Bl.

Per 1. April ein Pausange

anßer der Schulzeit.

Hugo Becker, Glockengießerstraße 1.

Ein junges Mädchen

mit Gehalt

zu sofort

früherstraße 29, pt.

früher. Malerarbeiten u. Anstreicher

G. Gühliche, Westhofstraße 18.

Zu kaufen gef. ein kleines Haus

mit einigen Scheffel Land.

Off. u. M. P. 12 an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen

ein zweiräd. Handwagen

G. Gröpelstraße 18.

Zu verk. einarker Kinderwagen

gut zum Fahren.

Reiserstraße 48, I

Ein Haus

3 Wohnungen, zu verkaufen.

Fischerstraße 25a.

Binderklappstuhl zu kaufen gef.

Ang. mit Preisang. u. J. E. an die Exp. d. Bl.

2 Sommerjackets

billig zu verkaufen

Kleiner Kiebau 3

Eine gutsch. Handnähmaschine

für 8 Mk. zu verkaufen

Warenborsstraße 32, III.

Zu verkaufen ein Handwagen

mit Kasten, passend a. Brodwagen.

Peterstraße 3, Wühlentor.

1 Kinderwagen, Wringmaschine, Petroleummaschine, Stehlampe billig zu verkaufen

Finkenstraße 3.

2 gute Betten, 1 Puppenwagen, 1 Kommode zu verkaufen.

Schildstraße 11.

Zu verkaufen eine zweischlägige Bettstelle

mit Sprungfederunterlage und ein großer Tisch

Sadowstraße 29, pt.

Billig zu verkaufen 1 Kinderwagen, 8 Mk., 1 Nähmaschine, gut wägend, 25 Mk., dabei ein Haus m. 2 Wohn. zu verk.

Engelstraße 38, I

Wegen Umzug verkaufe

Regulatore, Freischwinger

und Messenwaren

zu jedem annehmbaren Preise

Zeitigendliche Garantie.

Ernst Buck, Holtenauerstraße 13.

Zu verkaufen ein kleines freest. Haus

im Gang, ev. auch zu vermieten. Näheres

Fischerstraße 44 8.

Wer gibt in der Gegend von Wilhelmshöhe

nach 5-6 Ruten Land ab.

Schwannener Allee 166.

5 reich-

fertige Delfarben,

Fußboden-Oele

50, 60, 70 Pfg. per Pfund.

— brillant und schnell trocknend. —

Große Auswahl in

modernen Tapeten u. Borden

sowie billige Restpartien empfiehlt

Hafen-Drogerie

Georg Bornhöft

(vorm. W. G. Böndel)

b. d. Drechbrücke. Unterstraße 44/45.

Gemüse- und

Blumen-Samen

jämliche Sorten Pflanzkartoffeln.

Johs. Peters

Dornstraße, Ecke Finkenstraße

H.E. Koch's Möbelhäuser

Marlesgrube 45, 40 und 11.

Mr. 11 ist dicht beim Klingenberg u. wird dringend gebeten, genau auf die richtige Eingangstür zu achten, da wiederholt Irrungen mit einem anderen Möbelgeschäft vorgekommen sind.)

Saben jetzt ganz besonders viele komplette Aussteuer vorrätig, welche zur freien Verfügung ausgestellt sind.

Plüschgarn. (Sofa u. 4 Polsterst.) 75 Mt. Sofa m. all. versch. Bez. von 25 Mt. an. **Vertikows,** hoheleg. Kuff., nur 25, 30 Mt. **Sofa** sch. 2-fällig Antoinette, 12 u. 15 Mt. **Spiegelschränke,** elegant, 14 und 16 Mt. **Sohr u. Pfeiler Spiegel,** dazu pass., 12 Mt. **Kleiderschränke** mit feinem Aufsatz 20 Mt. **Küchenschränke,** 1 tür. 10, 2 tür. 14-16 Mt. **Küchenschränke** m. hob. Glasaufl. 22 1/2 Mt. **Bettstellen,** 1 schlaf. 11 und 12, 2 schlaf. 14 und 16 Mt.

Kommoden, sehr hübsch mit Pilaster und Skulpten, 17, 18, 19 Mt.

Kochtische, sehr stark, nur 2.60, 2.80 und 3 Mt.

Tische, z. d. and. Möb. passend, 7, 8, 9 Mt.

Grablehn. Sofas, m. Kuff. 35, 38, 40 Mt.

Große Pfeiler Spiegel, so lange Vorrat reicht, nur 20 Mt.

Neue Spezialmatratzen, statt Sprungfeder-matratzen, nur 10 und 12 Mt.

Große Auswahl in Gardinen u. Silberu.

Bevor Sie anderswo fest kaufen, besuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse obige Möbel und fordern vorher ein neues Musterbuch mit über 120 Abbildungen u. Preisen, welche frei abgeben und angeliefert werden, aus Koch's Möbelhäusern, Marlesgrube 45, 40 und 11, liegt ganz nahe beim Klingenberg.

Um jeder Konkurrenz und allem Ausverkaufs - Geschrei die Spitze zu bieten, gebe ich von heute bis auf weiteres



doppelte grüne **Rabattmarken,** nehme volle Bücher in Zahlung mit **5 und 10 Mt.**



Breitestraße 39. **Wilh. Bartelt** Breitestraße 39.

Manufakturwaren, Betten, Bettfedern, Damm, Aussteuer-Artikel, Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Waschstoffe.

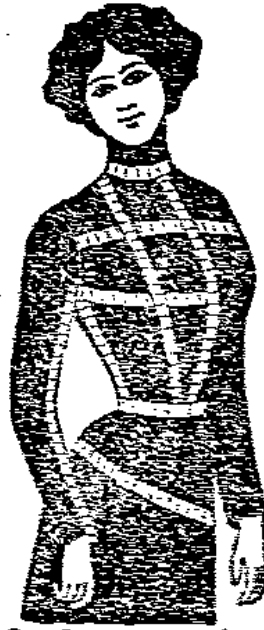
Herren-, Knaben- u. Konfirmanden-Anzüge

Sämtliche Arbeitsgarderoben.

Soeben neu eingetroffen eine grosse Sendung Teppiche u. Vorlagen.

Grosse Auswahl in Tischdecken und Portiären-Stoffen.

Neu aufgenommen: Vorgezeichnete Sachen, Stidgarne und Seiden.



Lehr-Methode

der neuen, sehr leicht lesbaren, geistlich geschulten

Triumpf-Methode

von M. Neugebauer, Dresden

von M. Neugebauer, Dresden in Magdeburg, Chemnitz, Leipzig, Braunschweig und andere praktische Damen Schneider. Ausübung für eigenen Gebrauch als für den Unterricht einer Garantie.

Der Unterricht kann jeden Tag erfolgen.

Die Damen arbeiten für eigenen Bedarf oder für Fremde.

Die Triumpf-Methode ist der Neuzeit entsprechend und mit den besten Maschinen versehen. Schnitt und Sitz unübertroffen.

Erna Wiedow

alleinige Vertreterin für Lübeck und Umgebung, Große Petersgrube 8.

Jan Wohnungswechsel

gewählte Auswahl - billigste Preise

Tapeten, Wachstuche.

Buchstaben von 55 Pfg. an

Carminfarben von 50 Pfg. an

Beste Sorte Jagdbilder - Gerüstung von 80 Pfg. an

Beste Sorte Familien - Bild 3.50 an

Beste Sorte Bilder mit Aufsatz von 75 Pfg. an

Carl Beulcke, Köhlerstr. 48b.

Es- und Pflanzkartoffeln, gelbe Hamburger, gelbkoch. Magnum bonum, gelbe Lunge, blaue Französische

Joh. Piel, Kriferstr. 29.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Sonderausgabe über)

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 29. d. M.

Abend 8-11 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

1. Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Vereinsverwaltung (ca. 8 Uhr) 2. Wahl der Ausschüsse 3. Beschlüsse

Die Ortsverwaltung

Ein Haus preisw. zu verlauf., gute Lage, passend für jedes Geschäft **F. Koch, Stadelsdorf.**

Heinr. Fick, Glaser, Glaserstr. 5. Empfehle mich in allen Glaserarbeiten.

Dem geehrten Publikum zur gef. Nachricht, das ich die **Delikatessen-, Käse-, Fett- und Grünwarenhandlung**

von **M. Pauls, Sadenburger Allee 32,** käuflich übernommen habe

und diese in ununterbrochener Weise weiterführen werde. Mit der Bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

mit Hochachtung **Carl Drenkhahn.**

Klee- und Grassaaten

ff. Rasengras, Tiergartenmischung

Blumen- und Gemüsesaaten

frische keimfähige Qualitäten

einen Posten junge **Erbsen**

2 Pfund-Dose 40 und 45 Pfg. empfiehlt **T. Buhrmann, Inh. W. Fahle,** Holstenstrasse 23, Fernsprecher 153.

Achtung!

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!

Kombinierte Versammlung

am Mittwoch den 29. März, abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Bericht des Gesellen-Ausschusses über die letzten Verhandlungen mit der Junng Bauhütte.

Der Einberafer.

NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

I. O. G. T.

Oeffentliche Versammlung

Mittwoch den 29. März

abends 8 1/2 Uhr

in den Zentralhallen, Lübeck, Dankwartsgrube (W. Borgwardt).

Thema:

Alkohol und Volkswirtschaft.

Referent: **Werkmstr. Heinrich Leo-Altonn.**

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Orts-Ausschuss

der vereinigten Lübecker Guttempler-Logen

des I. O. G. T.

Panorama

(Büchle a. d. Passage, Berlin.)

Breitestraße 53, 1. Stage.

Diese Woche ausgehelt:

Thüringen

Eisenach, Friedrichsroda, Gotha

Besuch der Wartburg.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 29. März

Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 186 Vorstellung. 27. Mittwoch-Abonnement. Novität! Jan 1. Platz. Novität!

Soldaten. Repertoirebuch der Hoftheater Dresden, München, Hannover. Donnerstag, den 30. März. 187. Vorstellung. Gastspiel von Willi Birrenkoven vom Stadttheater in Hamburg. Benefiz für Anna Daniela. **Lohengrin.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Jahrgang der Zeitung der Arbeiter der Provinz Lübeck und Nachbargebiete sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johann Stelling - Verantwortlicher Redakteur für die Provinz Lübeck und Nachbargebiete sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. Verlag: Theodor Schwabe - Druck von Friedr. Neeger & Co. - Sämtliche in Lübeck.

Die Lehren des Bergarbeiterstreiks.

Von R. Kautsky.

III.

Eine der bemerkenswertesten Erscheinungen im jüngsten Bergarbeiterstreik waren die großen Sympathien, denen er in bürgerlichen Kreisen begegnete. Man darf ihre Wirkung nicht überschätzen — sie dauerten gerade nur so lange, als der Streik dauerte, und haben eine kaum nennenswerte praktische Hilfe gebracht. Man darf in diesen Sympathien auch nicht etwas Unerhörtes sehen. In England äußerte sich derartige bürgerliche Wohlwollen bei ähnlichen Streiks mitunter viel stärker, aber auch in Deutschland hatten wir schon solche Sympathieumgebungen bei früheren Streiks zu verzeichnen. Wenn wir aber näher zusehen, so finden wir diese Äußerungen auf zwei Kategorien von Streikenden beschränkt: einmal solche, die dem Lohnproletariat nahe stehen, völlig unfähig erscheinen, aus eigener Kraft sich zu helfen, die also nie der bürgerlichen Gesellschaft als Klasse gefährlich zu werden drohen, die nicht zum kämpfenden, sondern nur zum leidenden Proletariat gehören, wie etwa Heimarbeiterrinnen. Dann aber die Arbeiter in einem monopolisierten Betriebszweig, der durch sein Monopol die Gesamtmasse der Konsumenten aus unverschämteste ausbeutet und dadurch seine Position ungebührlich erhöht. So zum Beispiel die Arbeiter bei Straßenbahnen oder die Kohlengräber.

Bei einem Streik dieser zweiten Kategorie kommt aber nicht bloß die Sympathie der ausgebeuteten Konsumenten mit den ausgebeuteten Produzenten in Betracht — sondern vor allem die große Unangenehmlichkeit, ja Schädigung, die die Konsumenten durch den Streik erleiden. Wie haben ja gesehen, daß die Unangreifbarkeit der Unternehmer der Monopole gegenüber einem Streik gerade darin beruht, daß dessen Schäden weit mehr die Konsumenten als sie selbst zu tragen haben.

Je umfassender ein solcher Streik ist, je mehr er aus einer lokalen zu einer nationalen, das ganze Volk berührenden Angelegenheit wird, desto näher liegt es dann, daß die Gesetzgebung eingreift, um den Streik zu schlichten, und daß sie den Bergarbeitern gibt, was diese nicht imstande sind, direkt von den Unternehmern anzutragen. Die bürgerliche Gesellschaft hat keine Ursache, sich für diese besonders kräftig ins Zeug zu legen, die ihr selbst das Fell über die Ohren ziehen; sie ist in diesem Falle eher als sonst geneigt, auf geschicktem Wege den Arbeitern Konzessionen zu bewilligen, deren Kosten ja nur eine Unternehmerrückstufung zu tragen hat, die innerhalb der Kapitalistklasse eine privilegierte Aristokratie darstellt. Je größer die Schädigung, die der Streik dem allgemeinen Produktionsprozeß der Gesellschaft zufügt, desto leichter wird die Gesetzgebung bereit sein, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Es ist aber selbstverständlich, daß die Erfüllung dieser Forderungen um so weitergehend sein und um so wirksamer gestaltet sein wird, je besser die Arbeiterklasse im geschlagenen Körper vertreten ist. Denn der Streik kann nur bewirken, daß dieser Körper den Willen erhält, etwas zu tun, was die Arbeiter einigermaßen befriedigt. Er kann nicht die Details der geschäftlichen Tat bestimmen. Jedes die Erfahrung zeigt, wie leicht man ein Gesetz so gestalten kann, daß es vielversprechend aussieht und doch unwirksam, rein auf dem Papier bleibt. Bei den bürgerlichen Abgeordneten und gar bei den Regierungen ist aber in solchen Fällen nur der Trieb mächtig, etwas zu tun, was nach einer Seite aussieht. Einen ernsthaften Kampf gegen die wahren Monopolisten aufzunehmen haben sie kein Bedürfnis. Soll etwas Wirkliches zustande kommen, so muß hier die Kritik sozialdemokratischer Abgeordneter eingreifen, die dem Kapital und Schatzfabrikation und Anwendung von Gesetzen vertraut sind, und die der Arbeiterklasse entstammen oder in enger Ver-

bindung mit ihr leben, deren Bedürfnisse aus eigener Erfahrung kennen.

Nur auf diesem Wege lassen sich noch erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterklasse erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist ausschließlich geworden; der Streik muß von vornherein als politischer auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen, und der Streik muß vorbereitet werden nicht bloß durch die möglichste Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Klasse, sondern auch durch politische Aufklärung ihrer Mitglieder und das Streben nach einer möglichst starken Vertretung des kämpfenden Proletariats im gesetzgebenden Körper.

Soweit der jetzige Streik überhaupt etwas erreicht, kann es nur in der Anregung geschehen, die er und die aus ihm resultierenden Verhandlungen des Reichstages zur Schaffung gesetzlicher Bergarbeitergesetze bieten. Und dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese — wie immer sie sich ausfallen mögen — weit umfassender und wirksamer gestaltet werden, wenn der Streik noch länger hätte dauern können, wenn er ganz Deutschland umfaßt hätte, durch eine starke internationale Aktion unterstützt worden wäre — kurz, wenn die Gefährdung der nationalen Produktion durch ihn noch gewaltiger gewesen wäre — und andererseits, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtag behände und in diesem eine starke sozialdemokratische Fraktion säße.

Diese neue gewerkschaftliche Taktik — die des politischen Streiks — der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben; die bestimmt ist, noch die größten Siege für das Proletariat zu erringen und in dem Maße mehr in das Vordergrund zu treten, in dem die isolierte gewerkschaftliche wie die isolierte parlamentarische Aktion unsicherbar wird.

Natürlich ist damit nicht gesagt, daß diese neue Taktik nun unverschiedlos überall angewandt werden und daß ihrer Anwendung der Sieg stets sicher sei. Sie wird stets an bestimmte Bedingungen geknüpft bleiben und der alten gewerkschaftlichen und parlamentarischen Taktik bleiben noch genug Gebiete übrig, in denen sie am Platze sind und Erfolg erzielen können. Aber die großen entscheidenden Aktionen des kämpfenden Proletariats werden immer mehr durch die verschiedenen Arten des politischen Streiks ausgedrückt sein. Und die Praxis schreitet da schneller vorwärts als die Theorie. Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entzündet spontan, durch Selbstzündung der Massen, ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen — oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gibt jede politische Massenaktion in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariats Russlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw. Dabei ist freilich der Streik um rein politische Rechtfertigung wohl zu unterscheiden von dem Streik, der die Gesetzgebung zu einer sozialpolitischen Tat drängen will. Jede dieser Streikarten erfordert eine andere Taktik, ist an andere Bedingungen geknüpft; bei dem einen wird die gewerkschaftliche, bei dem anderen die politische Leitung in den Vordergrund treten müssen; die eine ist eine Aktion, die sich des öfteren wiederholen kann, der andere bleibt ein letztes Ausnahmismittel verzweifelter Situationen; bei dem einen gilt es, die Regierung zu einer Tat zu drängen, bei dem anderen, die Regierung zu stürzen, der eine schlägt umso besser, je planmäßiger er vorbereitet ist, der andere umso eher, je spontaner er losbricht. Freund und Feind überschneidend usw. Aber bei allen Unterschieden beider Streikarten, des politischen Streiks einer bestimmten Arbeiterkategorie, um eine sozialgesetzgeberische Reform durch-

zuführen, und des politischen Streiks des ganzen empörten Proletariats, um ein feindseliges Regime zu stürzen oder einen Staatsstreich zu parieren — haben beide Streikarten das miteinander gemein, daß sie eine Vereinigung der politischen und gewerkschaftlichen Aktion darstellen.

Nicht nach der Neutralisierung der Gewerkschaften, nicht nach ihrer Isolierung von der politischen Bewegung geht die Tendenz der Entwicklung, sondern nach starker Annäherung nach engerem Zusammenwirken politischer und gewerkschaftlicher Organisationskräfte, nach immer stärkerer Verflechtung beider durch politische, der ersteren durch gewerkschaftliche Aktionen.

Die Anhänger der Neutralität selbst geben denn auch zu, daß die Gewerkschaften — oder sagen wir besser, eine Reihe von Gewerkschaften — immer mehr Politik treiben müssen — aber es soll nicht Parteipolitik sein. Nein, es kommt darauf an, was man unter dieser versteht. Versteht man unter Parteipolitik die offizielle Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteiorganisation und die Anerkennung eines bestimmten Parteiprogramms, dann natürlich sollen die Gewerkschaften nicht Parteipolitik treiben. Aber es handelt sich nicht um organisatorische Zugehörigkeit, sondern um den Geist, der die Gewerkschaften bezieht. Die Frage ist die, sollen sie, soweit sie gezwungen sind, Politik zu treiben, konsequente, zielbewusste Klassenpolitik treiben oder engherzige, bornierte Parteipolitik von Fall zu Fall, ohne Zusammenhang mit der Gesamtheit des kämpfenden Proletariats und ohne leitendes Prinzip. Sollen sie überhaupt eine Politik des Kampfes treiben, eine Politik, die darauf abzielt, der bürgerlichen Gesellschaft Reformen abzugewinnen, oder eine Politik des Schachens, die mit den verschiedensten bürgerlichen Parteien mogelt, um von jeder derselben übers Ohr zu gehauen zu werden, die durch Wohlverhalten des Wohlwollen der bürgerlichen Gesellschaft zu erkaufen und ihre Reformen abzulassen sucht. Kurz, die Frage ist die, sollen die Gewerkschaften eine Politik des zielbewussten, konsequenter Klassenkampfes treiben, oder eine Politik kurzfristiger Harmoniebulleien, eine Politik unrichtiger Ausklärung, oder eine Politik staatsmännlicher Unentschiedenheit.

Die Entscheidung über diese Frage ist gerade jenen Gewerkschaften, die nur noch durch politische Streiks vorwärts kommen, am wenigsten zu erparen; darüber müssen die Bergarbeiter sich vollständig klar geworden sein, ehe sie wieder einen großen Vorstoß unternehmen können. Und wenn der eben ausgekämpfte Streik ihnen den Anstoß gäbe, diese Frage entschieden und weitgehend zu beantworten, dann wird für sie ihre jüngste Niederlage das werden, was für das kämpfende Proletariat schon so oft eine Niederlage geworden ist: die Mutter künftiger Siege.

Soziales und Parteiliches.

Im Streik stehen: Die Bauhilfsarbeiter in Altona; Stukkateure und Gipser in Berlin, Dresden, Duisburg, Frankfurt, Heilbronn, Kaiserlautern, Ludwigshafen, Mannheim, München, Rühlhausen in Elsaß, Posen, Tübingen in Württemberg, sowie Lezzen in der Schweiz; Tischler in Magdeburg, Orgelbauer bei Kassel; Modelltischler, Stellmacher, Schlosser, Schmiedemeister in Hannover (Waggonsabrik) und Mannheimer (Motorenfabrik Benz u. Co.); Tischler und Stellmacher in Dortmund (Univ.); Drechsler in Bernau bei Burg, Dortmund, Ludenwabe; Tischler in Bielefeld; Stokarbeiter in Berlin (Gendarmen); Böttcher in Ditteln (Papfabrik Rabe); Formner und Gießereiarbeiter in Dülmen, Wald, Solinger, Wevelsburg, Mühlhausen, Torgelow, Elbing; Metallformner in Wernigerode (Harg); Metallgießer in Elbing; Kessel- und Schmiede in Dortmund und Umgebung; Ketten- und Schmiede in Barmen; Kürschner in Leipzig und Berlin.

Ein schwerer Verbrecher.

Erzählung von H. Salamon.

(Nachdruck verboten.)

Es war zur Zeit der sogenannten aufsteigenden Konjunktur. Alle Werftstätten und industriellen Establishments waren vollbeschäftigt. In einigen Branchen war sogar Arbeitermangel vorhanden und die Unternehmer ständen schmunzelnd während ihren Profit in die Tasche. Aber auch die Arbeiter wußten etwas von diesem Wohlstand und so traten denn an allen Orten fast gleichzeitig die organisierten Arbeiter mit erhöhten Lohnforderungen an die Unternehmer heran. Und das mit vollem Recht, denn die Erfahrung hatte gelehrt, daß nach jeder aufsteigenden Konjunktur auch ein dementsprechender Niedergang folgte, wobei der Arbeiter dann der leidende Teil war.

Auch in der großen und lebhaften Industriestadt R. regte sich die Arbeiterklasse. Doch ließ man hier bei den Arbeitgebern, welche sich zu einem Bunde vereinigt hatten, auf einen unerwarteten Widerstand. Während die Lohnbewegungen fast in ganz Deutschland zu gunsten der Arbeiter glatt verliefen, schien man hier auf einen Kampf gefaßt zu sein. Denn als die Bauarbeiter bei der neu zu errichtenden Gasanstalt, welche sich in städtischer Verwaltung befand, wegen Lohnerhöhung beim städtischen Baumeister vorstellig wurden, erhielten sie die Antwort, sie würden in drei Tagen die definitive Entscheidung erfahren. Nach Verlauf dieser Zeit erhielt die wieder vorstellig werdende Bauarbeiter-Deputation die überraschende Antwort, daß für Erhöhung des Lohnes keine verlässlichen Mittel in der städtischen Kasse vorhanden seien. Alle eintönigen Vorstellungen der Arbeiter waren vergeblich und so entschlossen sich denn diese, die Arbeit bei der Gasanstalt niederzuliegen. Man zeigte sich der Arbeitgeberbund in seiner vollen Größe. Er verfügte die Ausperrung sämtlicher Bauarbeiter R. mit dem Be-

merken: Auf keinem Bau dürfte die Arbeit eher aufgenommen werden, als bis das gleichzeitig auf sämtlichen Bauplätzen der Fall wäre.

Die Arbeiter waren durch diesen jähen Schlag zuerst ganz verblüfft, doch bald hatten sie ihre alte Kaltblütigkeit und Ruhe wieder gefunden und sie beschloßen, den ihnen aufgeworfenen Kampf aufzunehmen. Mit einem Schloß herrschte auf allen Bauplätzen die Ruhe des Friedhofs.

In dieser Zeit hatten die beiden Redaktionen des „Sozialwille“ alle Hände voll zu tun. Täglich wurde in der Redaktion Rapport über den jeweiligen Stand der Dinge erstattet, damit schon am darauffolgenden Tage die übrigen Arbeiterklasse gut und richtig unterrichtet wurde; denn die bürgerlichen Blätter jagten mitunter die größten Lügen nachrichten in die Welt, in der Hoffnung, die Arbeiter auf diese oder jene Weise in ihrem gerechten Kampfe irre zu führen. Der Wochen waren bereits verfloßen und noch war das Ende der Ausperrung nicht abzusehen.

Das mittelgroße Redaktionszimmer des Arbeiterblattes war fast ärmlich ausgestattet zu nennen, im Vergleich zu den Redaktionsräumlichkeiten bürgerlicher Blätter, welche oft mit außerordentlichem Komfort behaglich hergerichtet waren. Hier lag man nur zwei mit dem Rücken aneinandergestellte Schreibtische, auf denen sich eine kleine Bibliothek befand, vor jedem Tische einen einfachen Stuhl, und dann ziemlich in der Mitte des Zimmers einen langen weißen Tisch von einem halben Duzend Stühlen umfaßt. Das war das ganze vorzügliche Mobiliar des Redaktionszimmers vom „Sozialwille“. Die Wände zierten zwei größere Bilder von Marx und Engels, sowie ein Gruppenbild der sozialistischen Reichstagsfraktion.

Vor einem der beiden Tische saß der Redakteur für den lokalen Teil, Genosse Kumpf, und war eifrig mit dem Schreiben einiger kleiner Lokalanzeigen beschäftigt. Seine kleine gedrungene Gestalt machte sofort auf den Besucher

einen sympathischen Eindruck, und wer in diese klaren ruhigen Augen blickte, der ahnte sofort, daß man es hier mit einem weiterführenden Manne zu tun hatte. Wohl waren außer diesem interessanten Gesichte einige herbe Züge im Mundwinkel eingegraben, die darauf hin deuteten, daß diesem Mann in seinem Leben so manche harte Stunde hat durchstoßen müssen, es wurden diese Züge gemildert durch den gutmütigen freundlichen Blick seiner blauen Augen. Sein fast schwarzes Haupthaar, sowie sein grauerlicher Backenbart vervollständigten den guten Eindruck. Er war auch einer von den alten Kämpfern, welche jahrelang unter dem vernichtenden Einfluß des Soziallügenes im Exil hatten schmachten müssen. Als er dann nach Aufhebung desselben wieder in seine Heimat zurückkehrte, da trat er mit um so höherer Entschlossenheit in die Reihen seiner Genossen, um auch fernerhin den Kampf gegen die Unterdrücker aufzunehmen. Man erwähnte ihn sofort zum ersten Redakteur des das neugegründete Arbeiterblatt, „Der Sozialwille“, und jahrelang füllte er mit angesehener Kraft seine verantwortungsvolle Stelle aus. Als aber die Hege bürgerlicher Blätter fast ständig den Staatsanwalt an seine Fersen heftete und er oft Monate auf Monate das Gefängnis mit seinem Redakteurkollegen verlauschen mußte, wodurch seine Gesundheit mitsamt genommen wurde, hat er seine Genossen, ihn seines Amtes zu entheben. So erhielt er dann die weniger verantwortungsvolle Stelle eines Lokalredakteurs bei gleichem Gehalte, während man an seine bisherige Stelle eine jüngere talentvollere Kraft, den Genossen Tischler, einsetzte.

Als Kumpf nach Fertigstellung seiner Artikel die Feder fortlegte, sah er nach der Uhr und murmelte: „Das dauert heute ja wieder verdammt lange. Schon ein Uhr und vierzehn Minuten.“

Das kaum ausgesprochen, wurde die Tür hastig aufgerissen, und mit großen Schritten stürzte sein Kollege Tischler in das Zimmer. Sein Hebergesicht und gut floggen in weiten Bogen auf den Tisch und seinem leicht gebogenen Rücken

